Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 4020 - 54230 Trier

- Gegen Empfangsbekanntnis -

**Verbandsgemeinde Saarburg-Kell
Vertreten durch den Bürgermeister
Schlossberg 6
54439 Saarburg**

**REGIONALSTELLE
WASSERWIRTSCHAFT,
ABFALLWIRTSCHAFT,
BODENSCHUTZ
TRIER**

Deworastraße 8
54290 Trier

0651 4601-0
0651 4601-5200
Poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgd nord.rlp.de

16.03.2023

Mein Aktenzeichen	Ihr Antrag vom	Ansprechpartner(in)/ E-Mail	Telefon
343-GE-235-27989/2022	10.02.2022	Claudia Tesdorff/Alexander Hergert	0651 4601-5424
Bitte immer angeben!	5 - 815-00 JoJ/PfM	Claudia.Tesdorff@sgdnord.rlp.de	

Vollzug der Wassergesetze;

**Ertelung einer wasserrechtlichen Erlaubnis zum Entnehmen, Zutagefördern und Ableiten von Grundwasser aus den Brunnen „Kolleleuken 1, 2, und 3“ sowie den Quellen „Kolleleuken 1 und 2“,
Gemarkung Freudenburg, Verbandsgemeinde Saarburg-Kell, Landkreis Trier-Saarburg,
zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung**

B e s c h e i d

Aufgrund der §§ 8 ff Wasserhaushaltsgesetz (WHG) sowie des § 14 Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (LWG) ergeht folgende Entscheidung:

I. Erlaubnis

Der Verbandsgemeinde Saarburg-Kell – vertreten durch den Bürgermeister – wird hiermit die wasserrechtliche Erlaubnis erteilt, Grundwasser entsprechend

1/15

Kernarbeitszeiten
Mo.-Do.: 09.00-12.00 Uhr
Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung
5 Minuten Fußweg vom
Hauptbahnhof

Parkmöglichkeiten
Ostallee Parkhaus
„Alleencenter“

der nachfolgenden Tabelle zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung im Versorgungsgebiet der Verbandsgemeinde Saarburg-Kell zu benutzen.

1. Zweck, Art und Maß der Gewässerbenutzung

Die erlaubte Gewässerbenutzung dient dem Entnehmen, Zutagefördern und Ableiten von Grundwasser aus den Brunnen „Kolleleuken 1, 2, und 3“ sowie den Quellen „Kolleleuken 1 und 2“ im Gewinnungsgebiet Kollesleuken in folgendem Umfang:

lfd. Nr.	Gewinnungsanlage WFG-Nr.	Gemarkung	Flur	Flurst-Nr.	Entnahmemenge maximal	HW (UTM Zone 32)	RW (UTM Zone 32)
1	Brunnen „Kolleleuken 1“ WFG 305451131	Freudenburg	6	62/1	58 m³/h	5491560	320263
2	Brunnen „Kolleleuken 2“ WFG 305451242	Freudenburg	6	62/1	90 m³/h (inkl. Quellen 1 und 2)	5491567	320269
3	Brunnen „Kolleleuken 3“ WFG 3 305451353	Freudenburg	6	63/1	90 m³/h	5491478	320137
4	Quelle „Kolleleuken 1“ WFG 305451464	Freudenburg	6	62/1	Erfassung über Brunnen 2	5491598	320326
5	Quelle „Kolleleuken 2“ WFG 305451575	Freudenburg	6	62/1	Erfassung über Brunnen 2	5491534	320285

Die zulässige Höchstentnahmemenge für die lfd. Nummern 1 bis 5 beträgt insgesamt
780.000 m³/a.

2. Dauer der Zulassung

Die Erlaubnis wird unbefristet erteilt.

Die Erlaubnis ist gem. § 18 Abs. 1 WHG widerruflich.

Die rechtliche Zulassung der Gewässerbenutzung erlischt für die einzelne Anlage, wenn diese fortgesetzt über drei Jahre dauerhaft nicht mehr genutzt wurde und die Wasserrechtsinhaberin der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD Nord) als zuständigen Wasserbehörde innerhalb dieses Zeitraumes nicht anhand einer konkreten Planung erklärt, wie der Anlagenbetrieb wieder aufgenommen werden soll.

3. Folgende vorgelegte und geprüfte Antrags- und Planunterlagen sind Bestandteil dieses Bescheides

- Antrag vom 10.02.2022
- Planunterlagen des Büros für Hydrogeologie und Umwelt GmbH (HG), Europastraße 11, 35394 Gießen, von Oktober 2021, Projektnr. 20058/1

II. Nebenbestimmungen und Hinweise in Zusammenhang mit der Grundwasserbenutzung

1. Aus Gründen einer geregelten Wasserwirtschaft können zum Schutz des Grundwassers sowie der Gewässerbelange jederzeit zusätzliche Anforderungen an die Wassergewinnungsanlagen gestellt und weitere Maßnahmen für die Beobachtung der Grundwasserbenutzung und ihrer Folgen angeordnet werden.
Dies gilt insbesondere auch für den Fall, dass die Grundwasserentnahme zu negativen Auswirkungen oder zu nachhaltigen ökologischen Schäden oder Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes führt.

2. Die aus den Brunnen und Quellen entnommenen Wassermengen sind mittels eines selbstschreibenden und -zählenden Wassermessers, der an einer geeigneten und leicht zugänglichen Stelle einzubauen ist, fortlaufend zu registrieren.
3. Die nach Ziffer 2 ermittelten Wassermengen des Vorjahres sind der SGD Nord jährlich bis zum 01.03. des Folgejahres als Summe der entnommenen Wassermengen für jede Wasserfassung im Rahmen der Meldung nach dem Wasserentnahmeentgeltgesetz mitzuteilen.
4. Das Rohwasser aus jeder Wasserfassung ist mindestens jährlich entsprechend Anlage 4, Buchstabe a) der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) sowie zusätzlich auf Hauptanionen einschließlich Nitrat, Hauptkationen und organoleptische, chemische und physikalische Grundparameter zu untersuchen.
5. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Analysenergebnisse aller Untersuchungen von Roh- und Trinkwasser zeitnah im Trinkwasserinformationssystem TWIST erfasst und zur Anwendung für die Wasserwirtschaftsverwaltung freigegeben werden.
6. Außer- und Wiederinbetriebnahme der Wasserfassungen, Instandsetzungsarbeiten am Brunnenbauwerk oder der Brunnenverfilterung sowie eine endgültige Stilllegung sind der Zulassungsbehörde umgehend anzuzeigen.
7. Die Wasserrechtsinhaberin muss den Schutz der Wasserfassungsanlagen und ihrer unmittelbaren Umgebung vor jeglichen Verunreinigungen und Beeinträchtigungen sicherstellen. Zur Sicherung gegen den unbefugten Zugriff Dritter ist für die Fassungsanlage die ausgewiesene Schutzzone I mit der vorhandenen, regelkonformen Einzäunung zu erhalten oder eine solche zu errichten. Diese Fläche ist dauerhaft von Gehölzaufwuchs freizuhalten. Es sind lediglich Hecken oder niedrig wachsende Sträucher entlang der Umzäunung zulässig.
8. Die zur Beprobung nach der TrinkwV erforderlichen Entnahmehähne sind mit der entsprechenden Entnahmestellenummer und Beschreibung der Wasserart (RW für Rohwasser oder TW für Trinkwasser) zu versehen. Hierzu ist nach Abschluss von Installationsarbeiten sowie bei späteren Änderungen dem zuständigen Ge-

sundheitsamt die Lage und Bezeichnung der Entnahmehähne mitzuteilen, damit die Erfassung der Probenahmestellen und die Vergabe der Entnahmestellennummern erfolgen können.

9. Störungen, die nachteilige Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit oder die Wasserbeschaffenheit haben können, sind unverzüglich der Zulassungsbehörde und dem Gesundheitsamt anzuzeigen. Es sind unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig und geeignet sind, Schaden abzuwenden oder zu mindern.

Spätestens zwei Wochen nach Ende einer Störung ist der Zulassungsbehörde und dem zuständigen Gesundheitsamt ein schriftlicher Bericht vorzulegen mit Darstellung des Ereignisses und seiner Ursachen, der Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit oder auf die Wassereigenschaften, der getroffenen Maßnahmen und der vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung ähnlicher Vorfälle.

10. Bei einer Brunnenregeneration dürfen keine Chemikalien verwendet werden, die zu nachteiligen Veränderungen der Grundwasserqualität führen können. Die Durchführung von Brunnenregenerationen sind der Zulassungsbehörde vorab anzuzeigen.

III. Allgemeine Hinweise

1. Für beabsichtigte Änderungen der erlaubten Art, des erlaubten Zweckes oder Maßes der Benutzung, wesentliche Änderungen der baulichen Anlagen sowie Änderungen der Betriebs- und Verfahrensweise bei der Wasseraufbereitung sind die erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigungen und Erlaubnisse bis spätestens zwei Monate vor der beabsichtigten Inbetriebnahme zu beantragen.
2. Durch diese Erlaubnis werden weder Rechte Dritter noch die Verpflichtung des Trägers zum Einholen der etwa sonst noch nach Vorschriften des öffentlichen oder privaten Rechtes erforderlichen Genehmigungen und Zustimmungen für den Bau und Betrieb berührt.

3. Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen § 103 Abs. 1 WHG oder § 118 Abs. 1 LWG verstößt. Ordnungswidrigkeiten können nach § 103 Abs. 2 WHG oder § 118 Abs. 2 LWG mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden.

IV. Auflagenvorbehalt

Diese Zulassung steht unter dem Vorbehalt der nachträglichen Anordnung von Inhalts- und Nebenbestimmungen i. S. d. § 13 WHG.

V. Kostengrundentscheidung

Die Antragstellerin trägt gem. § 106 Abs. 1 S. 1 LWG die Kosten des Verfahrens.

VI. Kostenfestsetzung

Die Kosten für diese Amtshandlung werden wie folgt festgesetzt:

Gemäß den §§ 1, 2, 3, 9, 11, 10 und § 13 des Landesgebührengesetzes für Rheinland-Pfalz (LGebG) i. V. m. Nr. 11.1.2 der Anlage der Landesverordnung über Gebühren auf dem Gebiet des Umweltrechts (Besonderes Gebührenverzeichnis) wird

eine Gebühr in Höhe von 3.276,01 € erhoben.

Auslagen sind keine entstanden.

Die festgesetzten Kosten von insgesamt **3.276,01 €**

werden nach § 17 LGebG mit Bekanntgabe dieses Bescheides fällig und sind unter Angabe der Buchungsstelle **K+9 0000 79H** auf das Konto der Landesoberkasse bei der Bundesbank, **BIC MARKDEF1570, IBAN DE10 5700 0000 0057 0015 06** zu überweisen. Diese Kosten werden auch bei Erhebung eines Widerspruches mit der Bekanntgabe dieses Bescheides fällig.

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des rückständigen Betrages gemäß den Bestimmungen des § 18 LGebG erhoben werden.

VII. Begründung

Mit Schreiben vom 10.02.2022 hat die Verbandsgemeinde Saarburg-Kell - Verbandsgemeindewerke - die Erteilung einer wasserrechtlichen, unbefristeten Erlaubnis bzgl. der Grundwasserentnahmen aus den Brunnen „Kollesleuken 1, 2, und 3“ (alte Bezeichnung „Im Kränker“) sowie den Quellen „Kollesleuken 1 und 2“ (alte Bezeichnung „Im Kränker – Im Krum“) zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung im Bereich Saarburg-Kell beantragt.

Die Wasserentnahmen durch die Verbandsgemeindewerke Saarburg-Kell - Betriebszweig Wasserversorgung – als Eigenbetrieb der Verbandsgemeinde Saarburg-Kell (vor der Verbandsgemeindenfusion die Verbandsgemeinde Saarburg) waren in der Vergangenheit durch eine wasserrechtliche Bewilligung der Bezirksregierung Trier zugelassen. Dieser wasserrechtliche Bescheid der damaligen Bezirksregierung Trier vom 24.10.1986, Az.: 560-095, war auf 30 Jahre befristet und ist deshalb mit der nun erteilten Erlaubnis nicht gem. § 18 Abs. 2 S. 1 WHG i. V. m. § 49 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwVfG zu widerrufen.

Bis zum 23.10.2016 war eine Gesamtentnahmemenge aus den Brunnen „Kollesleuken 1, 2, und 3“ sowie den Quellen „Kollesleuken 1 und 2“ von maximal 3.150 m³/d bzw. 780.000 m³/a bewilligt. Die beantragten Entnahmemengen bleiben unverändert und entsprechen dem alten Wasserrecht.

Die Rechtsverordnung über die Festsetzung des Wasserschutzgebietes „Kollesleuken-Freudenburg“ Nr. 463 (Anlagenkataster Wasserversorgung Kenn-Nr. 405450404) für das Gewinnungsgebiet „Kollesleuken“ bestand seit 19.04.1989; Befristung auf 30 Jahre. Eine rechtskräftige WSG-Rechtsverordnung liegt somit aktuell nicht vor.

Für die Wassergewinnungsanlagen wird behördlicherseits ein neues Wasserschutzgebiet ausgewiesen. Der SGD Nord liegt seit Januar 2022 das hydrogeologische Gut-

achten (mit Abgrenzungsvorschlag) vom Fachbüro HG GmbH zur fachlichen Bewertung vor.

Durch die Festsetzung des neuen Wasserschutzgebietes wird zukünftig die Verbandsgemeinde Saarburg-Kell als Trägerin der öffentlichen Wasserversorgung begünstigt sein.

Gemäß § 5, § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i. V. m. Ziffer 13.3.2 der Anlage 1 und 3 zum UVPG ist beim Entnehmen, Zutagefördern oder Zutageleiten von Grundwasser bei einem jährlichen Volumen ab 100.000 m³ bis weniger als 10 Mio. m³ eine „Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls“ vorgesehen.

Bei dem vorliegenden Vorhaben - die beantragte Jahresentnahmemenge beträgt max. 780.000 m³ - hat die durchgeführte allgemeine Vorprüfung ergeben, dass eine erhebliche nachteilige Beeinträchtigung der Schutzgüter nicht zu erwarten ist, weshalb auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichtet werden konnte. Wegen der Einzelheiten wird auf die Dokumentation der „Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls“ vom 10.03.2022 verwiesen.

Die SGD Nord, Regionalstelle WAB Trier, Deworastraße 8, 54290 Trier, hat als zuständige Obere Wasserbehörde mit Datum vom 25.04.2022 gemäß § 5 Abs. 2, § 20 Abs. 2 des UVPG im zentralen UVP-Portal öffentlich bekannt gegeben, dass im Rahmen des wasserrechtlichen Erlaubnisverfahrens gemäß §§ 8 ff WHG i. V. m. § 14 LWG für die Entnahme und Benutzung von Grundwasser aus den 3 Brunnen und zwei Quellen „Kolleleuken“ durch die Verbandsgemeindewerke Saarburg-Kell eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchgeführt wurde.

Die beantragte Grundwasserentnahme stellt nur eine Teilnutzung des natürlichen Grundwasserdargebotes dar, so dass die Grundwasserentnahme zu keiner Überbeanspruchung des vorhandenen Grundwasservorkommens führt.

Das natürliche Dargebot ist für die beantragte Entnahmemenge nachweislich vorhanden und auch technisch gewinnbar.

Die erforderliche Beurteilung, dass die durch das Vorhaben zu erwartenden Auswirkungen nicht nachteilig für den Wasserhaushalt sind, ist Bestandteil der vorgelegten

Antrags- und Planunterlagen. Dieser wird seitens der Oberen Wasserbehörde fachlich zugestimmt.

Der Wasserbedarf und das Versorgungsgebiet sind durch die Antrags- und Planunterlagen dokumentiert bzw. nachgewiesen. Demnach dient die beantragte Jahresentnahme von 780.000 m³ gemäß der „Studie zur Risikoabschätzung und Maßnahmen zur Sicherung der Tw-Qualität“ von August 2013 auch dazu, einen möglichen Ausfall anderer Entnahmestellen im Versorgungsbereich I zu kompensieren.

Gemäß § 27 WHG sind oberirdische Gewässer so zu bewirtschaften, dass eine Verschlechterung ihres ökologischen und chemischen Zustands vermieden wird und ein guter ökologischer und guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht wird.

Gemäß § 47 WHG ist das Grundwasser so zu bewirtschaften, dass eine Verschlechterung seines mengenmäßigen und chemischen Zustands vermieden wird und ein guter mengenmäßiger und chemischer Zustand erhalten oder erreicht wird.

Diese Bewirtschaftungsziele dienen der Umsetzung der Anforderungen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL).

Nach der Entscheidung des EuGH (Urteil vom 01.07.2015, Az.: C 461/13) ist das Verschlechterungsverbot bzw. das Zielerreichungsgebot keine bloße Zielvorgabe für die Gewässerbewirtschaftung, sondern zwingende Vorgabe für die Zulassung von Vorhaben.

Daher wurde im wasserrechtlichen Zulassungsverfahren von der Antragstellerin zur Prüfung des Verschlechterungsverbotes und des Zielerreichungsgebotes sowie einer eventuell erforderlichen Ausnahme ein „Fachbeitrag WRRL“ vorgelegt und von der SGD Nord, Regionalstelle WAB Trier geprüft.

In dem vorgelegten „Fachbeitrag WRRL“ wurde die Vereinbarkeit der Grundwasserentnahme mit den Bewirtschaftungszielen der WRRL sowohl für den Oberflächengewässerkörper „Leuk“ als auch für den Grundwasserkörper „Saar“ geprüft.

Der im vorliegenden Fall vorhandene Grundwasserkörper (GWK) Saar; GWK-Nr. DERP_83, besitzt eine Gesamtfläche von 201,83 km². Aktuell besteht (IST-Zustand) ein „guter“ mengenmäßiger Zustand und ein „schlechter“ chemischer Zustand dieses GWK.

Die Quellen und Brunnen Kollleleuken befinden sich darüber hinaus innerhalb des Oberflächenwasserkörpers (OWK) „Leuk“, OWK-Nr.: 2649600000_0. Der OWK „Leuk“ befindet sich in der Planungseinheit „Obermosel/Saar-Prims“ und besitzt eine Ausdehnung von 43,12 km². Der ökologische Zustand wird als „mäßig“ eingestuft. Die Einstufung basiert auf der Beurteilung der Gewässerfauna. Der chemische Zustand wird als „gut“ eingestuft.

Messbare negative Auswirkungen der Grundwasserentnahmen auf den ökologischen oder chemischen Zustand des OWK und den mengenmäßigen und chemischen Zustand des GWK sind nicht zu besorgen.

Die abschließende Prognose und Wertung der vorhabenbedingten Auswirkungen auf den Grundwasserkörper und den Oberflächengewässerkörper ergibt, dass das Vorhaben nicht gegen das Verschlechterungsverbot oder das Zielerreichungsgebot der WRRL verstößt. Demnach werden auch die Bewirtschaftungsziele nach §§ 27 und 47 WHG durch die geplante Benutzung des Grundwassers nicht gefährdet.

Im Verfahren zur Erteilung der Erlaubnis wurden die Stellen, die durch die geplante Maßnahme in ihrem Aufgabenbereich berührt sein könnten, unterrichtet und hatten Gelegenheit zur Stellungnahme.

Bedenken wurden von diesen Stellen nicht geltend gemacht.

Von der beantragten Grundwasserentnahme sind keine negativen Auswirkungen auf geschützte Biotope, Lebensraumtypen und Arten zu erwarten. Seitens der Oberen Naturschutzbehörde liegen keine Bedenken vor.

Die gesetzlich vorgeschriebene Forderung nach § 50 WHG, wonach der Wasserbedarf der öffentlichen Wasserversorgung vorrangig aus ortsnahen Wasservorkommen zu decken ist, soweit überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dem nicht entgegenstehen, wird im vorliegenden Fall umgesetzt.

Bei der Festlegung des Umfangs der Gewässerbenutzung wurde entsprechend § 6 WHG berücksichtigt, dass jede vermeidbare Beeinträchtigung der Gewässerbeschaffenheit unterbleibt.

Die beantragte Grundwasserentnahme stellt eine Gewässerbenutzung i. S. d. § 9 Abs. 1 Nr. 5 WHG dar und bedarf nach § 8 Abs. 1 WHG einer behördlichen Zulassung oder einer sonstigen wasserrechtlichen Entscheidung.

Die beantragte Gewässerbenutzung ist entsprechend § 12 Abs. 1 WHG zuzulassen, da keine schädlichen Gewässerveränderungen zu erwarten sind oder andere Anforderungen nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften erfüllt werden.

Die Festlegung der aufgeführten Inhalts- und Nebenbestimmungen ist aufgrund der fachtechnischen Bewertung gerechtfertigt. Sie dient auch dem Ziel, Anlagen und Einrichtungen nach den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik zu gestalten und zu betreiben.

Die im Bescheid aufgenommenen Inhalts- und Nebenbestimmungen sind gem. § 13 WHG zur Vermeidung nachteiliger Wirkungen für andere und für die Ordnung des Wasserhaushalts geboten.

Die Zuständigkeit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle WAB Trier für diese Entscheidung ergibt sich aus § 19 Abs. 1 Nr. 1 c) aa), § 45 Nr. 3, § 92 Abs. 2 und § 96 Abs. 1 LWG.

Die Eintragung ins Wasserbuch erfolgt gem. § 87 Abs. 2 Nr. 1 WHG.

Im Auftrag

Michael Schuhmacher

Anlagen

Antrags- und Planunterlagen

Empfangsbekanntnis – gegen Rückgabe

Rechtsgrundlagen

Aktuelle Fassungen von Gesetzen, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften sind im Internet frei zugänglich. Gesetze und Rechtsverordnungen des Bundes sind auf der Seite des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz "www.gesetze-im-internet.de", Verwaltungsvorschriften auf der Internetseite des Bundesministerium des Innern "www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de" und die Landesgesetze sowie Rechtsverordnungen des Landes Rheinland-Pfalz auf der Seite des Ministeriums der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz unter "www.justiz.rlp.de" zu finden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord einzulegen. Der Widerspruch kann

schriftlich oder zur Niederschrift bei der

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord,
Deworastr. 8, 54290 Trier
oder
Stresemannstr. 3-5, 56068 Koblenz
oder
Postfach 20 03 61, 56003 Koblenz

oder

in elektronischer Form nach § 3a Abs.2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur¹ an

SGDNord@Poststelle.rlp.de

erhoben werden.

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die auf der Homepage der SGD Nord unter <http://www.sgd nord.rlp.de/service/elektronische-Kommunikation> aufgeführt sind.

¹ vgl. Artikel 3 Nr. 12 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. EU Nr. L 257 S. 73).

Durchschriften

**Kreisverwaltung Trier-Saarburg
Gesundheitsamt
Paulinstraße 60
54292 Trier**

Zeichen: 9/Wi

Vorstehenden Bescheid erhalten Sie zur gefl. Kenntnis.

Anlage: 1 Planmappe

**Kreisverwaltung Trier-Saarburg
Untere Wasserbehörde
Willy-Brandt-Platz 1
54290 Trier**

Vorstehenden Bescheid erhalten Sie zur gefl. Kenntnis.

**SGD Nord
Ref. 42 – Naturschutz**

Zeichen: 426-009-235-0009/2022

Vorstehenden Bescheid erhalten Sie zur gefl. Kenntnis.

SGD Nord

Ref. 31 – Wasserbuch

Anlagen: Begleitschein Wasserbucheintragung, 1 Planmappe

Vorstehenden Bescheid erhalten Sie zur gefl. Kenntnis und weiteren Veranlassung. Ich bitte, die Eintragung ins Wasserbuch erst nach Bestandskraft des Bescheides vorzunehmen. Eine besondere Mitteilung über die Bestandskraft ergeht nicht. Sollte ein Widerspruch eingelegt werden, erhalten Sie unverzüglich Nachricht.

Vfg.:

- 1) Post
- 2) SB Herg vor Abgang z. Mitz. **gez. Herg 07.03.2023**
- 3) ABL Sm zur Unterzeichnung
- 4) + nach Abgang z. K.
- 5) Durchschriften s. S. 14/15
- 6) Bescheid als PDF per E-Mail an VGW Saarburg-Kell
- 7) Kassenzeichen über Kassenzeichengenerator RLP generieren – erl. 09.03.23 Te
- 8) Bescheid im Kassenzeichengenerator RLP hochladen
- 9) Bescheid in Laufwerk (K:) Wasserbuch hochladen
- 10) Lau nach Abgang zur Erfassung in AKSWV; Hinweis: Änderung der Bezeichnungen der Wasserfassungen.
- 11) Z. d. A.